

1 **Antrag des Parteivorstandes an den 19. Parteitag der DKP**

2

3 **Politikwechsel erkämpfen!** 4 **(ein aktionsorientiertes Forderungsprogramm)**

5 Im Parteiprogramm der DKP haben wir hervorgehoben, dass der Weg, antimonopolisti-
6 sche Forderungen durchzusetzen, antikapitalistische Positionen mehrheitsfähig und
7 durchsetzungsfähig zu gestalten, nicht einfach und geradlinig ist, sondern einen langen
8 Arbeits- und Kampfprozess erfordert. Dazu brauchen wir die Mitarbeit aller.

9 Aktionseinheits- und Bündnispolitik, die Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen ver-
10 langt von uns die kreative politische Anwendung der Erkenntnisse des wissenschaftli-
11 chen Sozialismus, die Fähigkeit des Zuhörens und das Auseinandersetzen mit anderen
12 Positionen, aber auch die Fähigkeit von anderen zu lernen.

13 Zum Profil der DKP gehört es, sowohl die eigenen Positionen zu stärken und eigene
14 Aktivitäten weiterzuentwickeln, als hierbei auch die Zusammenarbeit und Bündnisse mit
15 anderen linken und demokratischen Kräften zu suchen. Dabei stellen wir das Einigende
16 in den Vordergrund. Das, was uns unterscheidet, diskutieren wir in solidarischer Form.
17 Das gegenseitige Respektieren der Identität der an einem Bündnis Beteiligten ist Vor-
18 aussetzung für die Herausbildung eines solidarischen Klimas, in dem sich eine längerfri-
19 stige Zusammenarbeit, gemeinsame Erfahrungen und die produktive Diskussion und
20 Einigung auch auf weiterführende gemeinsame Ziele entwickeln können. Im Parteipro-
21 gramme der DKP haben wir unter dem Abschnitt V, die Kräfte des Widerstandes und des
22 Fortschritts, unsere Position dazu festgelegt.

23 Welche politischen Ebenen und Aufgaben können wir vorrangig bearbeiten? Bei dieser
24 Festlegung gehen wir von einer realistischen Einschätzung unserer Möglichkeiten und
25 Kräfte aus. Ziel ist es, einen wirkungsvollen Beitrag zum notwendigen Politikwechsel zu
26 leisten.

27

28 ***Betriebe und Verwaltungen***

29 Überall, wo es möglich ist, konzentrieren wir uns auf eine aktive politische Tätigkeit in
30 und um Betriebe bzw. Verwaltungen.

31 Dabei geht es uns in erster Linie darum, mit Kolleginnen und Kollegen, mit Interessen-
32 vertretern und -vertretungen politische Forderungen und Inhalte zu entwickeln, die dazu
33 beitragen, dass in notwendigen Kämpfen um den Erhalt von Standorten und Arbeitsplät-
34 zen, um soziale Rechte und Leistungen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen be-
35 wusst aktiv werden.

36 Auch durch konzentrierte Verteilung der Materialien der DKP (Kleinzeitungen, Flug-
37 blätter, UZ-Extra) werben wir immer wieder für unsere politischen Sichtweisen.

38 Dort, wo es möglich ist, entwickeln wir um Konzerne und Großbetriebe herum Struktu-
39 ren, um ein politisch-ideologisches Bildungsangebot zu schaffen mit dem Ziel, marxisti-
40 sches Grundwissen zu vermitteln.

41 Gemeinsam mit antikapitalistisch orientierten Kolleginnen und Kollegen entwickeln wir
42 betriebliche Forderungsprogramme, die die konkrete Interessenvertretung zusammen-

43 binden mit Vorstellungen über eine Perspektive, in der Forderungen der Kolleginnen
44 und Kollegen kurz-, mittel- und langfristig unterstützt werden.

45 Wir diskutieren vor allem auf der bezirklichen Ebene der DKP über die Möglichkeiten
46 zur verstärkten Unterstützung von Betriebsgruppen bzw. zur Schaffung von Betriebsak-
47 tivism um Betriebe bzw. Verwaltungen herum.

48 Diese Tätigkeit ist eine große Herausforderung für alle DKP-Gliederungen. In einem
49 Diskussions- und Arbeitsprozess müssen wir konkrete Festlegungen treffen, die uns
50 helfen, den Kontakt zu wichtigen Betriebsbelegschaften bzw. Belegschaften von Ver-
51 waltungen zu stärken.

52

53 **Kommune – Stadtteile – Kreise – Bundesländer**

54 Für jede DKP-Gruppe, die in Kommunen und Stadtteilen wirkt, geht es darum, die Tätig-
55 keit darauf zu konzentrieren die reale Lage vor Ort zu analysieren und daraus Schluss-
56 folgerungen für konkrete politische Aufgaben und Projekte abzuleiten. Vor Ort, in der
57 Kommune und im Stadtteil zu wirken, kann einerseits bedeuten, sich aktiv an der kom-
58 munalen Selbstverwaltung – auch durch Kandidaturen und Mandate – zu beteiligen,
59 andererseits wichtige Forderungen zu initiieren und vor Ort am Kampf um deren Durch-
60 setzung (mit)zuwirken. Dabei gilt es, die Arbeitsfelder, die für die Tätigkeit der DKP be-
61 schrieben sind, auf die Kommune bzw. den Stadtteil zu beziehen und in konkrete politi-
62 sche Aktionen umzusetzen.

63 Die kommunale Daseinsvorsorge gehört im Interesse der Beschäftigten und der Bevöl-
64 kerungsmehrheit in öffentliches Eigentum. Mit dem Kampf um den Ausbau der demo-
65 kratischen Kontrolle werden auch die sozialen Rechte insbesondere der von Armut be-
66 troffenen Bevölkerungsteile verteidigt.

67 Um die Kommunen vom Druck zur Privatisierung zu entlasten ist deren Entschuldung
68 notwendig. Dazu müssen die Schulden bei den Privatbanken gestrichen werden sowie
69 eine Steuerreform erfolgen, die eine gesicherte materielle Grundlage für die Selbstver-
70 waltung in Städten und Gemeinden schafft.

71 Ergebnisse der kommunalpolitischen Beratungen der DKP, die Erfahrungen aus den
72 Kommunen, in denen Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten tätig sind, gilt
73 es zu nutzen, um auch in anderen Orten und Stadtteilen entsprechend politisch wirksam
74 und aktiv zu werden. Wo es uns entsprechend unseren Kräften und politischen Voraus-
75 setzungen möglich ist, sollten wir ebenfalls in Kreis-, Bezirks- und Landesstrukturen tätig
76 werden. Eine entsprechende Organisationsstruktur der DKP erfüllt nur dann ihren
77 Zweck, wenn sie neben der notwendigen Koordinierung der Tätigkeit von Gruppen auch
78 politische Forderungen bzw. Bewegungen initiiert, die für diese Ebene dann auch ent-
79 sprechende politische Aktivitäten ermöglicht.

80 In der DKP müssen wir unsere Organisationsstrukturen überprüfen, inwieweit sie auf
81 Landes- bzw. Bezirksebene den politischen Anforderungen entsprechen. Das heißt, wir
82 müssen mindestens sichern, dass auf der Ebene der Bundesländer oder Regionen in
83 den Bundesländern politisch analytisch gearbeitet wird.

84 In einer Übergangssituation ist es auch möglich, sich zeitweilig auf eine rein koordinie-
85 rende Tätigkeit der Grundorganisationen im Bundesland oder in der Region zu konzen-

86 trieren. Dann müssen allerdings Wege gesucht werden, um die Politikfähigkeit im Land
87 bzw. in der Region wieder herzustellen.

88

89 ***Auf welche Formen und Strukturen der Zusammenarbeit***
90 ***mit anderen demokratischen Kräften orientieren wir?***

91 In der Tätigkeit in Betrieben und Verwaltungen ist eine aktive Mitarbeit aller Kommuni-
92 stinnen und Kommunisten in den jeweiligen Branchengewerkschaften des Deutschen
93 Gewerkschaftsbundes notwendig. Um die politischen Wirkungsmöglichkeiten zu erwei-
94 tern, streben wir eine aktive Mitarbeit in gewerkschaftlichen Gremien und in der betrieb-
95 lichen Interessenvertretung an. Unser Ziel ist es, unterschiedlich orientierte Kolleginnen
96 und Kollegen zu motivieren, sie für gemeinsam ausdiskutierte politische Ziele und For-
97 derungen zu gewinnen. Ausdrücklich unterstützen wir das Prinzip Einheitsgewerkschaft
98 auch gegen die nach wie vor anhaltenden Tendenzen zu einer sozialdemokratischen
99 Richtungsgewerkschaft. Wir setzen uns für die einheitliche betriebliche Interessenver-
100 tretung ein, die auf einer demokratisch erarbeiteten Grundlage wirkt.

101 Um den großen Herausforderungen im Kampf für den Erhalt sozialer Rechte und Lei-
102 stungen wirksam zu entsprechen, ist es zwingend, breite Bündnisse zu schaffen, ohne
103 jedwede Ausgrenzung. (Es versteht sich, dass Faschisten und Reaktionäre bekämpft
104 werden müssen.) Die sozialen Bewegungen vor Ort könnten wesentlich wirkungsvoller
105 sein, wenn es gelänge, Kräfte zu bündeln und Sozialforen oder ähnliche Strukturen zu
106 schaffen. DKP-Mitglieder werden dazu initiativ. Sie wirken gleichberechtigt und solida-
107 risch in Bündnissen.

108 Eine starke Bewegung im Bund setzt das Wachsen der Bewegung von unten aus Be-
109 trieben, Verwaltungen, Kommunen, Stadtteile, Kreisen, Bundesländern voraus. Umge-
110 kehrt können auch Bewegungen auf zentraler Ebene initiierende Wirkung für örtliche
111 und kommunale Bündnisse haben.

112

113 ***Was sind konkrete Möglichkeiten, ausgehend von der***
114 ***politischen Chance, die DKP und UZ zu stärken?***

115 Wie im Programm der DKP festgelegt, in weiteren konkreten Forderungsprogrammen,
116 z. B. zu den Wahlen, und in Parteivorstandstagen diskutiert und beschlossen, kon-
117 zentrieren wir die Tätigkeit auf die Politikfelder:

- 118 • Kampf für Frieden,
- 119 • Kampf für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Interessen der Arbeiterklasse
120 entspricht und einen ökologischen Umbau sichert,
- 121 • Kampf für Demokratie – zunächst vor allem gegen jeden Versuch, Verhältnisse reak-
122 tionär zu verändern –, gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Neo-
123 nazismus,
- 124 • Kampf für die Rechte der Frauen, um endlich Gleichberechtigung durchzusetzen,
- 125 • Kampf für die Sicherung der Zukunftsinteressen der Jugend.

126 Die Aufgabe der Gliederungen der DKP ist es, entsprechend der vorhandenen Möglich-

127 keiten, vor allem der realen Kraft, festzulegen, welche politischen Schwerpunkte aus
128 den Gesamtaufgabenstellungen der Partei sich für die konkrete Tätigkeit ergeben.

129 Um diese Aufgabe leisten zu können, bemühen wir uns mit möglichst allen Genossinnen
130 und Genossen, das Parteiprogramm, die Ergebnisse von Parteivorstandstagungen und
131 anderer wichtiger Tagungen zu diskutieren und daraus kreativ die politische Tätigkeit zu
132 entwickeln. Nur so kann sich innerparteiliche Demokratie entwickeln, können wir besse-
133 re Ergebnisse in der Umsetzung der Politik als bisher erreichen und sind in der Lage,
134 Korrekturen vorzunehmen bzw. politische Veränderungen nach einem Diskussionspro-
135 zess zu beschließen.

136 Einige Eckpunkte zur Erreichung des Ziels:

- 137 • Die zentral beschlossenen Bildungsthemen sollten in jeder Grundorganisation umge-
138 setzt werden. Ziel sollte es sein, sich mindestens einmal in zwei Monaten mit einem
139 Bildungsthema zu beschäftigen.
- 140 • Das Lesen der UZ, Diskussionen in der Gruppe zu Artikeln in der UZ und in den
141 Marxistischen Blättern, sollen zum ständigen Bestandteil der Tätigkeit jeder Grund-
142 organisation gehören.
- 143 • Die Auswertung der Parteivorstandstagungen bzw. Tagungen auf anderen Ebenen
144 ist Voraussetzung, um die Politikfähigkeit auf allen Ebenen zu erhöhen.
- 145 • Die Werbewirksamkeit für die Mitgliedschaft in der DKP und für das Abonnement der
146 UZ ergibt sich aus der Attraktivität der Politik und dem realen Wirken für die Durch-
147 setzung von politischen Zielen vor Ort. Gesamtziel der Partei sollte es sein, in den
148 nächsten zwei Jahren zwischen dem 19. und 20. Parteitag die Mitgliederzahl zu sta-
149 bilisieren – das erfordert auch die Gewinnung vor allem von jungen Menschen für die
150 Mitgliedschaft – und den Rückgang der Abozahlen der UZ zu stoppen.

151 Diese Zielsetzung ist nur umsetzbar, wenn sie in den Gruppen als konkrete Aufgaben-
152 stellung diskutiert und beschlossen wird.

153 Jede Grundorganisation sollte überprüfen, wie eine möglichst regelmäßige Öffentlich-
154 keitsarbeit zu gewährleisten ist. Das gilt sowohl für die Verteilung von zentralen Materia-
155 lien als auch für die Erstellung von eigenen Materialien sowie die Beteiligung an öffentli-
156 chen Debatten in den Medien und die öffentlichkeitswirksame Darstellung unserer Posi-
157 tionen. Nach wie vor verfügen wir vor allem mit den Kleinzeitungen über ein wirksames
158 politisches Mittel, unsere Sichtweisen darzustellen.

- 159 • Die Tätigkeit der DKP bedarf einer stärkeren organisierenden Methodik. Dazu sind
160 Arbeitspläne notwendig. Die Durchsetzung des Delegationsprinzips ist erforderlich.
161 Die Sicherung der Karl-Liebknecht- Schule verlangt, dass alle Gliederungen der DKP
162 dadurch Lehrgänge absichern, dass sie gezielt Genossinnen und Genossen delegie-
163 ren. Wir benötigen eine Kassierung, die die Voraussetzung schafft, dass ein kleiner
164 hauptamtlicher Apparat gesichert werden kann, damit die politischen Aufgaben, auch
165 die finanzielle Unterstützung der UZ, abgesichert werden können. Die Erfahrungen
166 mit dem Einzug von Beiträgen z. B. in der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein,
167 sind zu prüfen. Daraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen zur finanziellen Absiche-
168 rung der Tätigkeit der Partei. Die organisierende Tätigkeit für eine kollektive Erar-
169 beitung von Politik ist Voraussetzung um Erfolge zu erreichen.

170 Die letzten 25 Jahre der Entwicklung der DKP wurden auch immer wieder durch inner-
171 parteiliche Auseinandersetzungen bis hin zu innerparteilichen Kämpfen geprägt. Jetzt
172 benötigen wir neue Impulse für die Entwicklung von mehr innerparteilicher Solidarität –
173 auch um politisch unterschiedliche Sichtweisen konstruktiv zu überwinden. Innerparteiliche
174 Konfrontation schwächt die DKP.

175 Es gibt nur den Weg, den politischen Meinungs austausch zu verstärken, gegensätzliche
176 Positionen deutlich zu machen und nach einem Prozess der Diskussion dann auch zu
177 Entscheidungen zu kommen, die gemeinsam umgesetzt werden. Fundament für eine
178 stärkere innerparteiliche Solidarität sind die politischen Grundlagen des Programms der
179 DKP und des Statuts. Innerparteiliche Demokratie verlangt auch, die Fähigkeit, neue
180 Entwicklungen zu erkennen, darzustellen, zu diskutieren, Korrekturen vorzunehmen,
181 notwendige Kritik und Selbstkritik zu berücksichtigen.

182 Die Wirksamkeit der DKP, ihre Ausstrahlung entwickelt sich in dem Maße, wie neben
183 einer wachsenden politischen Attraktivität auch die Gemeinschaft der Kommunistinnen
184 und Kommunisten und auf allen Ebenen attraktiv wird für eine Mitarbeit bzw. dann auch
185 für die Mitgliedschaft.

186 Die Tätigkeit der DKP muss planmäßig entwickelt werden, wenn sie erfolgreich sein soll:

187 Das heißt, wir benötigen auf allen Ebenen der DKP demokratische Meinungsbildungs-
188 und Entscheidungsprozesse, die dann zu Arbeitsplänen, Arbeitsvorhaben führen, die wir
189 kollektiv umsetzen, während wir gleichzeitig die Fähigkeit bewahren müssen, kritisch zu
190 überprüfen z. B., ob und wo Reserven sind, oder ob Fehler begangen wurden, oder welche
191 Erfahrungen wir nach Erfolgen verallgemeinern können.

192 Es gibt zu viele Beschlüsse, die unsere berechtigten Wünsche dokumentieren. Es ist
193 wenig nachprüfbar, ob durch zielgerichtete politische und organisatorische Tätigkeit
194 auch der gewünschte Erfolg erreicht wurde. Offensichtlich geht es hier wieder um „das
195 Problem“, die Einheit von Politik und Organisation unter den konkreten Bedingungen zu
196 erarbeiten. Ausgehend von den positiven Erfahrungen vergangener Pressefesten sollten
197 wir im Juni 2011 erneut ein Pressefest durchführen. Dies sollten wir begreifen als Her-
198 ausforderung, politisch organisatorisch das Fest so vorzubereiten, dass die Gewinnung
199 von neuen UZ-Abonnenten und von Mitgliedern der DKP eine nennenswerte Stärkung
200 der Partei ermöglicht.

201

202

△

203 Seit der Beschlussfassung unseres Parteiprogramms am 8. April 2006 haben Entwick-
204 lungen hin zu einer umfassenden Krise des neoliberalen Kapitalismus stattgefunden.
205 Die Auswirkungen treffen mit voller Wucht einen Großteil der Bevölkerung:

206 • Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, betrifft mehrere
207 Millionen Menschen direkt;

208 • 1/3 aller Beschäftigten ist nicht mehr in normalen Arbeitsverhältnissen sondern ge-
209 ringfügig, befristet, in Zeitarbeit beschäftigt usw.;

210 • 10 000 der Unternehmensinsolvenzen vernichteten alleine 2009 über 500 000 Ar-
211 beitsplätze;

212 • 2/3 aller Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten wollen Stellen abbauen.

213 • Allein 2009 fehlen den Haushalten von Bund, Ländern und den Gemeinden 45 Milli-
214 arden Euro.

215 • Bis 2012 addieren sich die Steuerausfälle auf 316 Milliarden Euro. 2009 muss der
216 Bund 47,6 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen.

217 • Die Staatsverschuldung steigt auf über 1,7 Billionen Euro, die öffentlichen Haushalte
218 müssen 67 Milliarden Euro allein für Zinszahlungen aufbringen.

219 • Der Abbau der Sozialsysteme wird beschleunigt fortgesetzt. Die Lebensverhältnisse
220 verschlechtern sich zunehmend.

221 Angesichts der sich entwickelnden Krise und der zunehmend spürbaren Folgen besteht
222 die akute Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung. Vertreter des Kapitals und der Par-
223 teien CDU/CSU, FDP, aber auch die SPD und die Grünen orientieren auf Lösungen für
224 die entstandenen Probleme, die allesamt die politische Achse nach rechts verschieben.
225 Dazu gehören:

226 • Fortsetzung und Eskalation der Kriegspolitik,

227 • sozialreaktionärer Umbau zu Lasten der Beschäftigten und Erwerbslosen.

228 • weiterer Abbau bürgerlicher Demokratie, Ausbau des Überwachungsstaates, um mit
229 restriktiven Methoden dieses kapitalistische System zu verteidigen.

230 • Durch viele Entscheidungen werden reaktionäre, ausländerfeindliche und pro-
231 faschistische Positionen „gesellschaftsfähig“ gemacht.

232 • Die Vernichtung von Naturressourcen hat Vorrang vor jedweder ökologischen not-
233 wendigen Neuausrichtung.

234 In dieser Situation kommt es vor allem darauf an, die Rechtsentwicklung zu stoppen,
235 einen Abwehrkampf zu organisieren, der das Ziel hat weitere reaktionäre Veränderun-
236 gen zu verhindern und zugleich eine Kräfteentwicklung ermöglicht, um für demokrati-
237 sche Alternativen und Perspektiven erfolgreich kämpfen zu können!

238

239 ***Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung verhindern!***

240 Das erfordert:

241 Soziale Leistungen und Rechte wiederherzustellen. Arbeitsplätze und Standorte zu er-
242 halten. Das Grundgesetz verteidigen bzw. darin enthaltene Grundrechte wiederherzu-
243 stellen. Die Bundesrepublik muss ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat werden.

244 Dazu gehört:

245 • Wirksamer Kündigungsschutz, Verbot von Massenentlassungen.

246 • Erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften. Beleg-
247 schaften müssen ein Vetorecht gegen Betriebsverlagerungen und Mitentscheidungs-
248 rechte bei der Planung von Investitionen erhalten.

249 • Gewährt die öffentliche Hand Betrieben Beihilfen, so muss sie zusammen mit Ge-
250 werkschaften und Belegschaften auch Einfluss auf deren Investitionen nehmen.

251 • Demokratisierung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche. Demokratie be-

- 252 ginnt am Arbeitsplatz und im Betrieb.
- 253 • Durchsetzung der gesetzlichen 35-Stundenwoche.
- 254 • Ziel ist, die Arbeitszeit für alle Arbeitsverhältnisse bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu kürzen.
- 255
- 256 • Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen, Renten, soziale Leistungen sowie auch
257 das Kindergeld müssen mindestens in einer solchen Höhe gezahlt werden, dass die
258 Betroffenen und ihre Familien nicht in Armut leben müssen. Höhere Löhne, Renten,
259 Ausbildungsvergütungen schaffen mehr Nachfrage, sichern und schaffen Arbeits-
260 plätze. Mindestlohn von 10 Euro. Kindergeld darf nicht als Einkommen angerechnet
261 werden.
- 262 • Ein-Euro-Jobs müssen in Normalarbeitsverhältnisse umgewandelt werden.
- 263 • Hartz IV muss weg!
- 264 • Wir fordern: Überführung der Großbanken und Großkonzerne in öffentliches Eigen-
265 tum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften, durch die
266 Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

267

268 ***Keine Privatisierung der Gesundheits- und Altersvorsorge!***

- 269 • Rücknahme der „Rente mit 67“. Begrenzung des Rentenalters auf 60 Jahre.
- 270 • Um die Altersarmut zu verhindern fordern wir eine Rentenerhöhung für sozial
271 Schwache und eine Mindestrente, die den Betroffenen ein armutsicheres Auskom-
272 men ermöglicht.
- 273 • Rücknahme der Kürzungen in allen Sozialversicherungssystemen.
- 274 • Ausbau von Leistungen und erworbenen Rechten, die Behandlung von Krankheiten
275 darf nicht vom Einkommen der Betroffenen abhängen.
- 276 • Wir fordern umlagefinanzierte statt kapitalgedeckte Versicherungen.
- 277 • Abschaffung von Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen. Einbezie-
278 hung aller Erwerbstätigen in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung.
- 279 • Die volle paritätische Finanzierung für die gesetzlichen Sozialversicherungen ist so-
280 fort wiederherzustellen.
- 281 • Stopp des Umbaus und der Privatisierung des Gesundheitswesens im Interesse von
282 Pharmakonzernen, privaten Krankenhausgesellschaften und privaten Ärzteverbän-
283 den. Die öffentlich rechtliche Struktur des ambulanten und stationären Gesundheits-
284 wesens muss wiederhergestellt, bzw. erhalten und ausgebaut werden. Alle privaten
285 Zuzahlungen (Praxisgebühren, Krankenhaustagegeld, Beteiligung an den Medika-
286 mentenkosten etc.) sind rückgängig zu machen.

287

288

289 ***Streichung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte!***

- 290 • Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die kommunalen und Länderhaushalte. Die
291 öffentliche Verschuldung muss abgebaut werden, die Reichen müssen zahlen!
- 292 • Wir fordern zudem ein sofortige Entschuldung der öffentlichen Haushalte und die
293 Nutzung der bisherigen Zinszahlungen aus der Verschuldung der öffentlichen Haus-
294 halte für Beschäftigungsprogramme, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern,
295 und zur Verbesserung der sozialen Situation für die von Armut betroffenen Teile der
296 Bevölkerung.
- 297 • Keine gesetzlichen Schuldenverbote, sog. „Schuldenbremsen“, weil sie als Vorwand
298 für weiteren Sozialabbau und Privatisierung dienen.
- 299 • Die staatlichen Investitionen in Kindererziehung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Kultur,
300 Breitensport, nichtkommerzielle Freizeiteinrichtungen und soziokulturelle Stadtteil-
301 zentren, in ökologische und soziale Stadt- und Regionalentwicklung müssen ausge-
302 weitet werden.
- 303 • Die so erhöhte Binnennachfrage kann zur Steigerung von Einfuhren und zum Abbau
304 der extremen Exportorientierung der in Deutschland produzierenden Unternehmen
305 beitragen, weil einerseits mit dem Argument der internationalen Konkurrenz- und Ex-
306 portfähigkeit die Löhne immer weiter gesenkt und die Arbeitsbedingungen immer
307 weiter verschlechtert werden, und andererseits in den Importländern Handelsdefizite
308 verursacht werden, die in diesen Ländern zu Lohn- und Sozialabbau sowie zu zer-
309 rütteten Staatsfinanzen führen.
- 310 • Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen muss entsprechend ihrer Be-
311 deutung für die Reproduktion der Bevölkerung erhöht werden.

312

313 ***Für Demokratie und Menschenrechte, gegen Diskriminierung!***

- 314 • Dazu gehört, die Rechte der Frauen zu stärken, insbesondere ihre Chancengleich-
315 heit in Bildung und Beruf zu gewährleisten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Berufli-
316 che Prekarisierung, unter Frauen besonders stark verbreitet, muss verschwinden,
317 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Durchsetzung eines
318 existenzsichernden Mindestlohns von mindestens 10 Euro und die drastische Ver-
319 kürzung der Arbeitszeit sind durchzusetzen.
- 320 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer, in Ost und West; die
321 Diskriminierung der Menschen in Ostdeutschland bei Arbeitszeiten, Löhnen und Ge-
322 hältern, bei Renten und Anrechnungszeiten muss endlich beseitigt werden. Die bishe-
323 rige Praxis hat in vielen Regionen Ostdeutschlands zu einer zunehmenden Verar-
324 mung vieler Menschen geführt. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch: Schluss
325 mit dem anhaltenden Rentenstrafrecht in Ostdeutschland.
- 326 • Die gesellschaftlichen Möglichkeiten für die junge Generation sind so zu gestalten,
327 dass Hoffnungen und Wünsche, Leistung und Neigung Maßstab für Lebenswege
328 werden. Dazu gehört: Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Bildung muss
329 befreit werden von jedweder Form von Gebühren. Bildung und Ausbildung dürfen
330 nicht den Profitinteressen des Kapitals unterworfen werden.

331 • Die Bundesrepublik ist als Einwanderungsland zu akzeptieren. Das Asylrecht ist wie-
332 derherzustellen. Es müssen gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, gelten.
333 Durch Förderprogramme muss allen Menschen möglich werden, die deutsche Spra-
334 che zu erlernen. Jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus
335 muss wirkungsvoll bekämpft werden.

336 Zur Verteidigung der Demokratie gehört:

337 • Die Schily- und Schäuble-Gesetze und andere so genannte Sicherheitsgesetze sind
338 mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen. Verteidigung demokratischer Grundrechte
339 bedeutet auch endlich entsprechend Artikel 139 des Grundgesetzes, das Verbot der
340 NPD und die anderen faschistischen Parteien und Organisationen durchzusetzen
341 und diese aufzulösen. Ein Politikwechsel erfordert die sofortige Beendigung der
342 Kriegspolitik und die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Abrüstung.

343

344 ***Klimawandel und ökologische Zerstörung bekämpfen!***

345 Statt Profitmaximierung gilt auch hier: Der Erhalt und Schutz unserer natürlichen Leben-
346 grundlagen, die Interessen der Mehrheit der Menschen müssen die Politik bestimmen.

347 • Umstellung des Systems der Energieversorgung auf klima- und umweltschonende
348 Ressourcen! Der Energieverbrauch und Schadstoffemissionen sind in allen Berei-
349 chen zu senken.

350 • Das fossile Energieregime ist schnellstmöglich abzubauen. Deshalb kein weiterer
351 Ausbau der Kohlekraftwerke. Stopp aller Planungen der unterirdischen Lagerung
352 von CO₂-Rückständen. Die von der UNO geforderten Mindestziele zur Senkung der
353 CO₂-Emissionen sind nicht nur einzuhalten sondern zu übertreffen. Dazu muss die
354 Bundesrepublik im Rahmen der EU und auch international im Rahmen der UNO In-
355 itiativen ergreifen und voranschreiten. Ärmere Staaten müssen energisch und um-
356 fassend beim Umbau ihrer Energiestrukturen und bei der Entwicklung eigener natio-
357 naler Klimaschutzprogramme unterstützt werden.

358 • Ausstieg aus der Atomenergie! Keine Verlängerung der Laufzeiten bestehender
359 Kernkraftwerke. Stopp aller weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung atomarer
360 „Endlager“ gegen den erklärten Willen der betroffenen Bürger. Schluss mit Atom-
361 mülltransporten zum Zweck der atomaren Wiederaufbereitung. Schluss mit der mi-
362 litärisch nutzbaren Plutonium-Produktion!

363 • Förderung von Energieeinsparungen, konsequente Fortsetzung und Ausweitung
364 staatlich geförderter Programme auf dem Gebiet der Gebäudesanierung, verstärkte
365 staatliche Förderung vielfältiger regenerativer Energieerzeugung: u. a. der Solar-
366 und Windenergie, der Erdwärme. Damit könnten gleichzeitig umweltverträglichere
367 Arbeitsplätze geschaffen werden und könnte die Massenkaufkraft gestärkt werden.

368 • Der Handel mit Emissionsrechten nach kapitalistischen Marktmechanismen ist zu
369 beenden!

370 Um all dies zu erreichen müssen die Energie-Konzerne in öffentliches Eigentum unter
371 demokratischer Kontrolle überführt werden.

372 • Öffentliche Verkehrsmittel müssen ausgebaut und ökologisch verträglich gestaltet

373 werden. Die staatlichen Investitions- und Förderprogramme zur Entwicklung neuer
374 Mobilitätskonzepte müssen verstärkt werden.

375 • Die von der NATO geplante Militarisierung der Klimapolitik unter dem Vorwand eines
376 „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ ist zurückzuweisen.

377

378 **Die Verursacher der Krise sollen zahlen!**

379 • Erste Schritte zur Finanzierung wichtiger Forderungen sind:

380 • Sofortige Kürzung des Rüstungshaushalts um zunächst mindestens 10 % jährlich.

381 • Verzicht auf alle Rüstungsprojekte – Kein weiterer Umbau der Bundeswehr zu einer
382 international interventionfähigen Armee.

383 • Sofortige Millionärsteuer für die 800 000 Millionäre und Wiedereinführung der Ver-
384 mögenssteuer.

385 • Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes für die oberen Einkommensklassen und
386 großen Unternehmer auf den früheren Stand.

387 • Umgestaltung der Steuerprogression durch Anhebung der Freibeträge und niedrigen
388 Steuersätze für die unteren Einkommensgruppen bei Erhöhung der Tarife für die
389 Großverdiener.

390 • Einführung einer „Wertschöpfungs- bzw. Produktivitätsabgabe“ der Unternehmen
391 und Heranziehen der Vermögenseinkommen zur Ergänzung des Beitragsaufkom-
392 mens der Sozialversicherung durch eine steuerfinanzierte Komponente. Abschaffung
393 von Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen.

394 • Wiedereinführung der umlagefinanzierten solidarischen Rentenversicherung ohne
395 Zwang zu privaten Zusatzversicherungen (Abschaffung des Riestergesetzes).

396 • Kein Einstieg in die Privatisierung der solidarisch finanzierten gesetzlichen Kranken-
397 versicherung.

398 • Einführung einer Ausbildungsabgabe für alle Unternehmen mit mehr als 10 Beschäf-
399 tigten, die keine Ausbildungsplätze anbieten. Gesetzliche Ausbildungsverpflichtung
400 für Großbetriebe mit einer Mindestquote von 10 Prozent der Gesamtzahl der Beleg-
401 schaft.

402 • Gesicherte Übernahme in ein reguläres unbefristetes Arbeitsverhältnis nach dem
403 Berufsabschluss. Die Ausbildungsvergütung muss den Jugendlichen ein eigenstän-
404 diges und unabhängiges Leben ermöglichen.

405 • Statt der derzeitigen „Öko-Steuer“ ist ein völlig anders gestaltetes echtes Öko-
406 Steuersystem einzuführen, das die Großverbraucher von Strom, Öl und Benzin und
407 anderen umweltbelastenden Stoffen trifft, und zweckgebunden zur Finanzierung von
408 öffentlichem bezahlbarem Personenverkehr und regenerativen Energiequellen ge-
409 nutzt werden soll.

410 **Militarisierung und Kriegspolitik beenden!**

411 • Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Bun-

412 deswehr raus aus Afghanistan!

413 • Die Verteidigungspolitischen Richtlinien sowie die entsprechende NATO-Politik müs-
414 sen aufgehoben werden.

415 • Raus aus der NATO, weg mit den Atomwaffen!

416

417 \triangle

418 Wir leben in einer Zeit möglicher Übergänge. Vieles, was über Jahrzehnte festgefahren
419 schien, bricht auf. Manche politischen Neuformierungen, außerparlamentarisch und
420 parlamentarisch, finden statt.

421 Längst ist nicht erkennbar, welche Kräfte sich letztendlich durchsetzen, jene, die eine
422 Erneuerung des neoliberalen Modells mit deutlich reaktionärerem Zügen durchsetzen
423 wollen, oder jene, die für progressive politische Veränderungen stehen.

424 Alle politisch agierenden Kräfte müssen die Bedingungen von jähen Wendungen und
425 Veränderungen beachten. Der politische Praxistest entscheidet, ob Konzepte, Forde-
426 rungen, Zukunftsüberlegungen tauglich sind, oder zumindest zeitweilig verworfen wer-
427 den müssen.

428 Auch mit dem Forderungsprogramm stellen wir uns diesen Herausforderungen. Wir
429 wollen uns dabei die Fähigkeit bewahren zur kritischen Überprüfung der Erfahrungen,
430 auch – wenn notwendig – verändern und den konstruktiven, offenen demokratischen
431 Meinungsaustausch fördern. Aktuell ist es unser Ziel, einen Politikwechsel in der näch-
432 sten Zeit zu ermöglichen, auch als Voraussetzung zur Durchsetzung von gesellschaftli-
433 chen Alternativen und Perspektiven. Die vor 100 Jahren von Rosa Luxemburg formu-
434 lierte historische Alternative „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ hat heute
435 wieder ungeahnte Brisanz gewonnen.

436 Wir wollen unseren Beitrag leisten zur einzig möglichen und nötigen Antwort: Der Weg
437 zu einer sozialistischen Zukunft muss geöffnet werden!

438 Stand: Montag, 29. März 2010